



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Grußwort der
Bundesministerin für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul,
für die 2. Auflage der Publikation
„Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeden Tag geben Bund, Länder und Kommunen große Summen für Güter, Dienstleistungen und Bauaufträge aus, um ihre Verwaltungsaufgaben zu erfüllen und Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger bereit zu stellen. Untersuchungen haben ergeben, dass über 50% der öffentlichen Aufträge in der Europäischen Union auf regionaler und lokaler Ebene vergeben werden. Die staatliche Beschaffung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene in Deutschland ist eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand und stellt eine erhebliche wirtschaftliche Betätigung der „öffentlichen Hand“ dar.

Im April dieses Jahres ist ein moderneres Vergaberecht in Kraft getreten. Dadurch ist es möglich, soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verstärkt zu berücksichtigen. Für dieses Ergebnis habe ich mich seit Jahren eingesetzt. Es hat lange gedauert, bis die entspre-

chenden EU-Richtlinien zum Vergaberecht, deren Reform wir vor Jahren ebenfalls mit durchgesetzt hatten, in das deutsche Recht umgesetzt wurden.

Dies ist ein schöner Erfolg, aber es wurde auch höchste Zeit. Mehr denn je wird in Zeiten der Wirtschaftskrise klar, dass wir die Globalisierung sozial gestalten müssen und es der Mensch ist, der im Mittelpunkt stehen muss. Dabei werden die Lebensbedingungen der Menschen nicht zuletzt durch die sozialen Bedingungen der Produktion bestimmt. Hier brauchen wir ein „race to the top“, einen Wettlauf zur Spitze, um diese Bedingungen zu verbessern und damit langfristig möglichst viele Menschen von den Vorteilen der Globalisierung profitieren zu lassen.

Die Reform des deutschen Vergaberechts ist ein wichtiger Beitrag zur weltweiten Umsetzung grundlegender Sozialstandards, zur Armutsbekämpfung und zur Gestaltung einer gerechten Globalisierung. Es geht darum, Rechtssicherheit für öffentliche Auftraggeber zu schaffen, die keine Gegenstände einkaufen wollen, die beispielsweise von Kindern unter ausbeuterischen Bedingungen hergestellt wurden. Mir geht es insbesondere darum, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen (Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit, Verbot von Zwangsarbeit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, Vereinigungsfreiheit) bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand zu berücksichtigen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt dies bereits in seiner Vergabepaxis um. Näheres dazu können Sie auf Seite 35 dieser Broschüre nachlesen.

Die globale Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen als elementare soziale Mindeststandards ist ein unbestritten wichtiges Ziel der Bundesregierung, das über die entwicklungspolitischen Anstrengungen des BMZ hinaus auch im Sinne eines fairen internationalen Wettbewerbs liegt. Deshalb stellt ein verantwortungsvolles Beschaffungswesen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem sozial und ökologisch zukunftsfähigen Produktions- und Konsumverhalten dar. Damit schaffen wir auch ein Beispiel für Produzenten und Händler, sich stärker als bisher mit den Problemen mangelnder Sozialstandards und der Kinderarbeit in Entwicklungsländern auseinander zu setzen.

Ich möchte meinen herzlichen Dank an die 16 Eine Welt Landesnetzwerke richten, die sich in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. zusammengeschlossen haben und überall in Deutschland für die Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung eintreten. Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. hat dabei mitgewirkt an der Erarbeitung des Beschlusses des Bayerischen Landtags „Zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens“, der bereits 2007 vom Landtag angenommen wurde. Ich freue mich, dass dieser bayerische Beschluss über die Eine Welt Landesnetzwerke auch in weitere Länder getragen wurde und die Anzahl der Länder wächst, die Beschlüsse zur Beachtung von Sozialstandards im öffentlichen Beschaffungswesen gefasst haben. Mittlerweile sind dies das Saarland, Niedersachsen, Bremen, Sachsen, Hamburg, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Rheinland-Pfalz.

Nachhaltige Beschaffung kann ein kleiner, aber wichtiger Baustein des Weges der sozialen Gestaltung der Globalisierung sein. Ich möchte möglichst viele öffentliche Auftraggeber ermutigen, dem Beispiel Bayerns und anderer Bundesländer zu folgen. Der von Ihnen erstellten Broschüre wünsche ich einen großen Leserkreis.

Ihre

Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung